

Rede von Romano Prodi vor dem Europäischen Parlament zu den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Nizza (Strassburg, 12. Dezember 2000)

Quelle: RAPID. The Press and Communication Service of the European Commission. [ONLINE]. [Brüssel]:

Europäische Kommission, [16.01.2007]. Disponible sur

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/00/499&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en>.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_romano_prodi_vor_dem_europaischen_parlament_zu_den_schluBfolgerungen_des_europaischen_rates_in_nizza_strassburg_12_dezember_2000-de-c5efa03d-2ee6-4fac-b68a-f1428354519a.html

Publication date: 05/09/2012

Rede von Romano Prodi vor dem Europäischen Parlament zu den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Nizza (Straßburg, 12. Dezember 2000)

Frau Präsidentin, Herr Minister, meine Damen und Herren,

Der Europäische Rat von Nizza, der diesen Dezember 2000 stattgefunden hat, wird als besonders langwierig und besonders komplex in Erinnerung bleiben. Dies war angesichts seiner Tagesordnung nur wahrscheinlich und insofern nicht überraschend.

Nizza war die Gelegenheit für positive Entscheidungen, von denen einige lange Zeit erwartet wurden:

- Die feierliche Proklamation der Charta der Grundrechte, nach meiner Ansicht zweifelsohne ein fundamentales Dokument. Ich weiß, dass einige - auch in diesem Haus - die Charta als zu lasch betrachten; ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass sie sorgfältig mit dem Ziel ausgearbeitet wurde, sie zu einem rechtlichen Standard zu erheben. Parlament und Kommission haben bereits klargestellt, dass sie die Charta in vollem Umfang anwenden werden.
- Die ersten Arbeiten zum Statut der Europäischen Aktiengesellschaft wurden vor über 30 Jahren begonnen. Es handelt sich um ein Rechtsinstrument von unbestreitbarem Wert, auf das unsere Wirtschaftsakteure seit langem gedrungen haben und das so sehr während der großen Unternehmensumstrukturierungen, die hinter uns liegen, gefehlt hat. Nun kann uns nichts länger daran hindern, das Statut rasch in die Tat umzusetzen.
- Die Zustimmung zu der von der Kommission vorgeschlagenen Erweiterungsstrategie.
- Die Annahme der Sozialagenda, das Ergebnis der produktiven Zusammenarbeit mit der Präsidentschaft.
- Die nahezu uneingeschränkte Unterstützung der Kommissionsvorschläge für Sicherheit auf See und die Errichtung einer Lebensmittelbehörde.

Dies sind nur einige der Themen, die wir den Staats- und Regierungschefs vorgelegt haben. Ich möchte ein weiteres Thema hinzufügen, eine Neuerung, der meiner Ansicht nach große Bedeutung zukommt: Es wurde erörtert, wie die Gipfelkonferenzen veranstaltet werden.

Die Gipfelkonferenzen sind kompliziert und schwer zu verstehen. Sie finden jedes Mal an einem anderen Ort statt. Der Europäische Rat hat den weisen Beschluss gefasst, sie nach und nach in Brüssel abzuhalten, wodurch Brüssels Stellung als Europas Hauptstadt weiter gestärkt werden wird. Nach den Gipfeln, die bereits angesetzt sind, wird jeder zweite Gipfel in Brüssel stattfinden. Wenn die Union erst einmal achtzehn Mitgliedstaaten zählt, werden alle Gipfelkonferenzen in Brüssel abgehalten. Meiner Auffassung nach sollte dieser Vorstoß von Herrn Chirac begrüßt werden.

Nun möchte ich auf die Regierungskonferenz und den Vertrag von Nizza zu sprechen kommen. Zunächst erlauben sie mir, Michel Barnier, für das was er erreicht hat, Tribut zu zollen. Dabei hat er, wie ich, aber auch mehr als ich, mit dem Parlament zusammengearbeitet - und besonders mit Herrn Giorgio Napolitano und seinem Ausschuss, mit den Berichterstattern - Leinen und Dimitrakopoulos - und natürlich mit den Abgeordneten Brok und Tsatsos, die sich voll und ganz engagiert haben. Schließlich, Frau Präsidentin, möchte ich die wahrlich beispielhafte Klarheit Ihrer Reden auf den Ratstagungen hervorheben.

Sie werden sich erinnern, Frau Präsidentin, dass ich in meiner letzten Rede vor diesem Haus kurz vor der Gipfelkonferenz sagte, dass wir einen Vertrag mit Mehrwert brauchen. Insbesondere habe ich versprochen, mit einer ehrlichen Bewertung seines Ausgangs wieder vor dieses Haus zu treten. Außerdem sagten Sie in

ihrer Ansprache zu Beginn der Gipfelkonferenz, das Parlament würde den Erfolg von Nizza nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ beurteilen.

Es wird eine Weile dauern, bevor wir die Fortschritte des Gipfels in Nizza vollständig und genau ermessen können, wohl aber können wir schon einige Bemerkungen vorbringen.

Die erste betrifft die Ausweitung der qualifizierten Mehrheit. Es handelt sich um einen quantitativ wichtigen Schritt nach vorne, weil etwa 30 neue Kapitel unter diese Art von Entscheidungen fallen. Als Ergebnis wird die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat immer mehr zur Regel.

In qualitativer Hinsicht kann nicht dasselbe gesagt werden. Geringe oder gar keine Fortschritte wurden hinsichtlich Kohäsion, Steuervorschriften und Sozialrecht erzielt, wobei es sich in jedem Fall um sensitive Bereiche handelt, in denen die Konferenz auf die Unnachgiebigkeit einiger Mitgliedstaaten stieß.

Dies war für mich etwas Enttäuschendes, nicht nur wegen der kurzfristigen Folgen, sondern auch wegen der Unaufgeschlossenheit und Verständnislosigkeit, die sich in diesen Einstellungen zeigen. Wer Europa als bloße Clearing-Stelle sieht, die notfalls zwecks Mittelentnahme beansprucht wird und die außer Acht gelassen wird, wenn nichts mehr "zu holen" ist oder wenn schon viel gezahlt wurde, begeht nicht nur einen Irrtum aus historischer Sicht, sondern macht sich auch eines Vergehens an den neuen Generationen schuldig. Sie haben das Recht, viel mehr von Europa zu erwarten.

Vor dem Eingeständnis der Unfähigkeit zu wechselseitigen Konzessionen sind jedoch einige kleinere Fortschritte im Bereich Justiz und Inneres hervorzuheben.

Es muss aber gesagt werden, dass diese Fortschritte bis nach 2004 aufgeschoben wurden. Damit will ich sie jedoch nicht schmälern. Dies bedeutet allerdings, dass die Beschleunigung der neuen, wichtigen Politik der Rechtsangelegenheiten und der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, auf die man sich in Tampere geeignet hatte, jetzt in Frage gestellt ist. Der "Tampere-Anzeiger" wird nunmehr Verzögerungen aufweisen.

Ich wünsche mir allerdings, dass diese Verzögerungen weder dem Parlament noch der Kommission zugeschrieben werden.

Andererseits möchte ich jedoch die Gelegenheit ergreifen, um Herrn Präsident Chirac und Herrn Lionel Jospin dafür zu danken, dass sie es ermöglicht haben, die hauptsächlichen Zweideutigkeiten, mit denen unsere Handelspolitik behaftet ist, auszuschalten. Es wurde eine annehmbare Ausgewogenheit zwischen den legitimen Bedenken, die beispielsweise die kulturellen Unterschiede betreffen, und den wirksamen Befugnissen für Verhandlungen mit unseren Partnern hergestellt.

Ein weiterer Grund zur Zufriedenheit ist das Ergebnis im Bereich der verstärkten Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens verfügen wir so über ein Instrument, das in einer erweiterten Union unerlässlich ist und auf das die Kommission zur gegebenen Zeit zurückgreifen wird, allerdings unter Wahrung ihrer Rolle als integrierende Kraft, um den Ländern, die vor allem ihre Zukunft gemeinsam gestalten wollen, die Erreichung der neuen, großen Ziele zu ermöglichen und um insbesondere jeder Gefahr der Zersplitterung entgegenwirken, die sich ergeben könnte, wenn eine solche Zusammenarbeit keinen Regeln unterliegt.

Abschließend möchte ich drei Bemerkungen zu den Gemeinschaftsorganen vorbringen.

- Was die Kommission anbetrifft, hat es tiefgreifende Neuerungen gegeben. Die Kommission kann auf 26 Mitglieder anwachsen und dann werden sich die notwendigen und von vielen gewünschten Veränderungen einstellen. Gleichzeitig wurden wichtige Organisationsreformen eingeleitet. Der Präsident wird mit Mehrheit und nicht mit Einstimmigkeit ernannt und wird - nach dem Votum der Kommission - ein Kommissionsmitglied entlassen und weitgehend allein über die Organisation der Kommission (wie

Zuweisung der Zuständigkeitsbereiche und Ernennung der Vizepräsidenten) entscheiden können.

- Das Parlament wird vor allem von einem europäischen Statut der politischen Parteien profitieren. Die Kommission hat - wenn auch bisher ohne Erfolg - unsere gemeinsamen Anregungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Union durch Einführung des Amtes eines europäischen Staatsanwalts verteidigt. Sehr bedauerlich ist, dass die Zahl der Parlamentsmitglieder in erster Linie herangezogen wurde, um eine Variable für einen Ausgleich der Stimmengewichtung im Rat zu schaffen. Diesen Problemen - und anderen mit diesen verbundenen Problemen - ist künftig viel mehr Aufmerksamkeit zu widmen, weshalb von der Verteidigung eher zum Angriff in Form von Vorschlägen überzugehen ist.
- Letztlich war es die Stimmengewichtung im Rat, über die heftigst diskutiert wurde und wo es am schwierigsten war, zu einer Entscheidung zu kommen. Angesichts des verfolgten Konzepts schien dies unvermeidlich, aber das Ergebnis ist aus zwei Gründen enttäuschend:

§ erstens, weil es noch schwieriger wird, eine qualifizierte Mehrheit zu erlangen, und eine Sperrminorität leichter wird, obwohl in einer erweiterten Union das Gegenteil das Ziel sein sollte;

§ zweitens, weil der gesamte Entscheidungsprozess noch komplizierter wird und dies der von den Bürgern geforderten Verständlichkeit und Transparenz entgegensteht. Um dieser Forderung der Bürger zu entsprechen, haben wir die doppelte Mehrheit verlangt, das einzige objektive Verfahren, das von großen und kleinen Ländern verstanden und dessen Grundsatz von ihnen weitgehend anerkannt wird.

An dieser Stelle möchte ich besonders die Verdienste von Premierminister Guy Verhofstadt erwähnen, der bis zum Schluss für eine gerechte Präsenz der Beitrittsländer gekämpft hat, um den Schwellenwert für die qualifizierte Mehrheit weniger irrational festzusetzen, auch wenn er noch zu hoch liegt. Damit hat er die große historische Rolle Belgiens in der europäischen Union bekräftigt.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Wir müssen anerkennen, dass der hart erkämpfte Abschluss des Gipfels von Nizza an sich ein Erfolg war. Dieser Abschluss musste erzielt werden und mit Hilfe der Präsidentschaft ist uns dies gelungen. Es gibt keine "left-overs" von Nizza. Als nächstes müssen wir realistisch die Ratifizierung des Vertrags angehen, die sobald wie möglich erfolgen muss.

Erst dann können wir im Einklang mit den Schlussfolgerungen von Helsinki neue Mitglieder aufnehmen. In diese Richtung müssen wir mit Entschiedenheit vorangehen.

Meine Damen und Herren, wie Staatspräsident Chirac bemerkte, hat sich in Nizza gezeigt, dass zu viele ihre unmittelbaren Interessen zu Lasten einer langfristigen Vision verfolgen.

Allerdings wurde in Nizza eine Erklärung zur Zukunft der Union verabschiedet, und dies gibt Anlass zu gewissem Optimismus.

Die Kommission ist sich darüber im Klaren, wie wichtig eine genauere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten ist; dazu gehört auch, dass die Charta der Grundrechte in den Vertrag aufgenommen, die Gestaltung der Verträge vereinfacht und die künftige Rolle der Institutionen einer generellen Überprüfung unterzogen wird. Eine umfassende, offene und eingehende Diskussion, in die Regierungen, Parlamente und Bürger der derzeitigen Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer einbezogen

werden, unterstreicht die Dynamik eines Europas, das sich immer noch im Aufbau befindet. Eine solche Diskussion ist dringend erforderlich, denn in Nizza wurde deutlich sichtbar, dass der bisherige Ansatz zur Revision der Verträge überholt ist. Wie die Struktur der Gemeinschaft selbst, ist auch der organisatorische Prozess für den institutionellen Wandel großen Belastungen ausgesetzt und muss in eine andere Richtung gelenkt werden.

Die Kommission wird geeignete Verbesserungsvorschläge unterbreiten, und ich hoffe auf ihre Mitwirkung und Unterstützung.

Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren, nach diesen meinen ersten Analysen, die ich gelassen und objektiv darlegen wollte, dürfen wir nicht vergessen, dass das Endziel dieses Gipfels die Einigung Europas war und bleibt.

Das neue Jahrtausend hat uns die einmalige Chance geboten, die Länder unseres Kontinents in einen großen Raum des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung einzubinden.

Nizza ist ein Schritt in diese Richtung. Ein kleinerer Schritt als wir tun wollten. Aber die Richtung stimmt. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung.

Danke.